

Bundes- und Europapolitik

Advents-Mitgliederinfo

In den letzten Wochen konzentrierten sich die Abgeordneten darauf, ihre neuen Rollen im Bundestag zu finden. Dabei lohnt es sich, einen intensiven Blick in den neuen Koalitionsvertrag zu werfen. Gerade mit Blick auf die Europapolitik können wir nichts Gutes erwarten. Das EU-Parlament arbeitete in gewohnter Intensität, so dass wir hier mehrere Punkte in unserem letzten Infobrief vor der wohlverdienten Weihnachtspause aufgreifen können. Erstmals lieferte das Büro unseres Abgeordneten Engin Eroglu direkt einen Beitrag.

- 1) FREIE WÄHLER verfolgen Debatte im Europaparlament
- 2) Schafft die Ampel unser Deutschland ab?
- 3) EU-Parlament formuliert Grundsätze für europäische Sportpolitik
- 4) EU-Parlament fordert sichere Medikamenten- und Rohstoffversorgung
- 5) EZB beflügelt und unterschätzt die hohe Inflationsrate
- 6) EU-Kommission verabschiedet europäische Methanstrategie
- 7) Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken im Schnecken tempo
- 8) Gemeinnützigkeit von eSports – die Zweite
- 9) Weihnachtsgrüße
- 10) Jahresindex 2021

NR. 6, 03. DEZEMBER 2021

**Bernd Barutta, FW Landesvereinigung
Baden-Württemberg**



FREIE WÄHLER verfolgen Debatte im Europaparlament

Thema: Geldwäschebekämpfung in der EU - Konsequenzen aus den Pandora-Papers

renew europe. In der August-Ausgabe unserer Mitglieder-Information berichteten wir über die Initiative der Europäischen Kommission, eine Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche ins Leben zu rufen. Inzwischen befasst sich auch das Europaparlament mit diesem Projekt.



Unsere Delegation im Straßburger Europaparlament dankt Engin Eroglu für die Einladung. Engin gehört als FREIE WÄHLER der liberalen Fraktion renew europe an.

geringe Erfolge der Mitgliedsstaaten bei der Geldwäschebekämpfung womöglich auch darauf zurückzuführen sind, weil die Verstrickung in Geldwäscheaktivitäten bis ganz oben im politischen System gegeben ist. Der Eifer der Aufklärung lässt in einer solchen Situation nach.

Offen bleibt die Frage, ob im Rahmen der Geldwäsche-Debatte erneut versucht wird, nach und nach Bargeld abzuschaffen. Obergrenzen für Bargeldzahlungen sollen ein erster Schritt sein. Wir werden das Thema weiterverfolgen.

Hier kann die Debatte als Video verfolgt werden:

<https://www.europarl.europa.eu/plenary/de/vod.html?mode=chapter&vodLanguage=DE&vodId=2b943c77-6099-1d0b-3389-90c8cb597595&date=20211020#>

Schafft die Ampel unser Deutschland ab?

Neue Regierung will den europäischen Bundesstaat / Droht eine neue Sperrklausel?

Der Koalitionsvertrag der drei neuen Regierungsparteien umfasst nicht weniger als 177 Seiten. Ein Programm, das vor allem eine rot-grüne Agenda für eine umfassende gesellschaftliche Umwandlung darstellt. Was manchmal mit harmlosen Formulierungen ausgedrückt wird, lässt bei den FREIEN WÄHLERN alle **Alarmglocken schrillen** – vor allem auch bei der **Europapolitik**.

Die neuen Bundesregierung strebt einen „**verfassungsgebenden Konvent**“ an, der eine Weiterentwicklung der EU hin „**zu einem föderalen Bundesstaat führen**“ (Seite 131 Koalitionsvertrag)

soll. Diese Ziele stehen im klaren Gegensatz zu den Grundprinzipien der **FREIEN WÄHLER**. Wir haben in unserem Europawahlprogramm 2019 eindeutig formuliert: „**Europa bleibt ein Staatenverbund**“ – und damit wollen wir keinen Bundesstaat. Ein Bundesstaat mit einer zentralen Regierung, einem eigenen Staatsoberhaupt und einen europäischen Parlament, würde den Deutschen Bundestag zu einem Organ ohne nachhaltige Rechte degradieren. Trotz aller gegenteiliger Beteuerungen wird ein europäischer Bundesstaat nicht zu einer Stärkung der Regionen und dem Prinzip der Subsidiarität führen. Denn wer es mit diesen Zielen ernst nimmt, braucht keine neue Zentralregierung. **Der im Koalitionsvertrag formulierte Weg kann von den FREIEN WÄHLERN nicht mitgetragen werden.**

Die neue Regierung kündigt ebenso an, auf jeden Fall das Wahlrecht zum Europaparlament zu ändern. Sie fordern die Einführung transnationaler Listen. Sollte dies nicht bis 2022 gelingen, wird sie den Direktwahlakt der EU aus dem Jahr 2018 ratifizieren, um folglich auch wieder eine Sperrklausel bei der Europawahl einführen zu können. Als FREIE WÄHLER gilt es wachsam zu sein, wenn die Koalitionäre die **Urteile des Bundesverfassungsgerichtes missachten** und eine Sperrklausel oberhalb der von der EU geforderten Mindesthöhe von zwei Prozent einführen wollen. Der **Wissenschaftliche Dienst** des deutschen Bundestages hat schon 2018 ausgeführt, dass ein schwerer Eingriff (als eine 2 %-Sperrklausel) zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Parlaments nicht erforderlich wäre.

Quellen: „Mehr Fortschritt wagen“ – Koalitionsvertrag <https://www.tagesschau.de/koalitionsvertrag-147.pdf>, Europawahlprogramm 2019 der FREIEN WÄHLER: <https://www.freiewaehler.eu/unsere-politik/europa/>, FAZ: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ampel-koalition-auf-dem-weg-zum-europaeischen-bundesstaat-17652601.html>, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Änderung des Direktwahlaktes: <https://www.bundestag.de/resource/blob/573016/3d5e20054ac28a3dcccbb25723e64c58/WD-3-261-18-pdf-data.pdf>

EU-Parlament formuliert Grundsätze für europäische Sportpolitik

Resolution lehnt europäische „Super League“ ab / Mehr Geld für Breitensport

Die Bosse von Juventus wollen sie, die Chefs von Real Madrid und dem FC Barcelona ebenso: Die europäische „**Super League**“. Eine Fußball-Liga außerhalb des europäischen Sportsystems, ohne Anbindung an die nationalen Fußballverbände und die nationalen Ligen. Ein „**Closed Shop**“ vergleichbar mit dem amerikanischen Sportsystem. Die **Europäische Fußballunion (UEFA)** hat verdeutlicht, dass sie einen Alleingang der abtrünnigen Vereine mit dem Ausschluss aus dem Verband ahnden würde. Dagegen wiederum geht Madrid gerichtlich vor, und das Verfahren liegt derzeit beim **Europäischen Gerichtshof (EuGH)**.

Das Vorgehen der Spanier stößt auf größte Ablehnung von Regierungen wie Sportverbände. Die Regierungen von **16 Mitgliedsländern** der EU haben mit Stellungnahmen an den Europäischen Gerichtshof die Position der Sportverbände unterstützt. Das neue, rein von Investoren geplante und kommerziell ausgerichtete Gebilde, würde das einheitliche europäische Sportsystem mit Auf- und Abstieg und der Abstellung von Spielern für Nationalmannschaften zerstören. Den Sündenfall stellt die Turkish Airlines **EuroLeague im Basketball** dar, die weder auf die nationalen Ligen noch auf die Länderspiele Rücksicht nimmt.

Das EU-Parlament stützt in einer Resolution vom 23. November 2021 ebenso **das europäische Sportsystem**. Mit **597 Ja-Stimmen** (36 Nein, 55 Enthaltungen) sprechen sich die Abgeordneten (einschließlich der beiden Vertreter der **FREIEN WÄHLER**) dafür aus, dass die europäische Sportkultur den Grundsätzen der Solidarität, der Nachhaltigkeit, der Inklusion aller Menschen, des offenen Wettstreits, des sportlichen Verdienstes und der Fairness Rechnung tragen soll. Das Parlament lehnt abtrünnige Wettbewerbe (breakaway competitions), die diese Grundsätze untergraben und die Stabilität des gesamten Sportökosystems gefährden, entschieden ab.

Gleichwohl fordert das Parlament die Sportverbände insgesamt auf, dass die kommerziellen Interessen mit den sozialen Funktionen in Einklang gebracht werden sollen, in dem die Verbindung zwischen **Breiten- und Spitzensport** verbessert wird und **mehr Gelder in den Sport an die Basis** fließen. Keine Zustimmung findet bei den Parlamentariern auch eine **Fußball-Weltmeisterschaft** im Zwei-Jahres-Rhythmus.

Dokumente: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211118IPR17621/eu-sportmodell-soll-auf-werten-beruhen-parlament-gegen-abtrunnige-wettbewerbe>, Resolution: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2021-0318_DE.html, Bewertung der DFL: <https://www.sport1.de/news/mehr-sport/2021/11/dfl-boss-seifert-begrusst-massnahmen-des-eu-parlaments>

EU-Parlament fordert sichere Medikamenten- und Rohstoffversorgung Notwendige Konsequenzen aus Covid-Versäumnissen / Neue Chancen für KMU

Die Corona-Krise hat verdeutlicht: Die Mitgliedsstaaten der EU können eine gesicherte Medikamentenversorgung ihrer Bürger nicht gewährleisten. Es **fehlt an Produktionskapazitäten** und es gibt **Lücken in den Lieferketten**. Seit dem Frühjahr 2020 versucht die EU-Kommission Defizite zu erkennen und Gegenstrategien zu entwickeln. Bereits im April 2020 warnte die **European University Hospital Alliance**, ein Zusammenschluss von neun der wichtigsten Universitätskliniken Europas, davor, dass die Vorräte an Anästhetika, Antibiotika und Medikamenten, die als mögliche Therapien gegen Corona getestet werden, aufgrund des erhöhten Bedarfs auf Intensivstationen bald nicht mehr ausreichen könnten.

Das EU-Parlament hat auf seiner Plenartagung am 25. November 2021 die EU-Kommission nachdrücklich dazu aufgefordert, mehr für eine **sichere Gesundheitsversorgung** innerhalb Europas zu unternehmen. Insgesamt listet der Bericht 163 (!) Punkte mit Forderungen an die EU-Kommission auf. So wird in Punkt 80 gefordert, das Europäische Programm für den Schutz kritischer Infrastrukturen auf den Bereich der Gesundheitsinfrastruktur anzuwenden. Klares Ziel ist der **Aufbau von Produktionskapazitäten** in den Mitgliedsstaaten.

Damit in unmittelbarer Verbindung steht auch Punkt 163. Er widmet sich den **kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)**. Das EU-Parlament fordert die Kommission auf, ein Innovationsökosystem zu schaffen, das den KMU vor allem bessere Markt- und Entwicklungschancen durch einen vereinfachten Zugang zu Innovationsfonds und den **Abbau bürokratischer Hürden und Komplexität** eröffnet. Ein Aspekt, der vor allem den FREIEN WÄHLERN wichtig ist. Wir setzen uns im besonderen Maße für KMU als **tragende Säule** der Wirtschaft in Deutschland ein und fühlen uns ihnen verbunden.

EZB beflügelt und unterschätzt die hohe Inflationsrate

Engin Eroglu bewertet für die Fraktion **renew europe** im Parlament die Politik der EZB



Engin Eroglu, Abgeordneter der FREIEN WÄHLER im Europaparlament.

Im November lag die Inflation im Euroraum bei 4,9 %, in Deutschland sogar bei 6 %. Die Europäische Zentralbank (EZB) betont, dass es sich dabei um **vorübergehende Effekte** handle, und spricht insbesondere vom „Basiseffekt“. Gemeint ist, dass das Vergleichsniveau aus dem Vorjahr ausnahmsweise sehr günstig ist. Beispiele dafür sind die niedrigere Mehrwertsteuer im Vorjahr sowie in der Pandemie-Hochphase außerordentlich günstige Energiepreise. Dazu kommen **Lieferengpässe** in verschiedenen Sektoren, vor allem in der Automobilindustrie, welche die EZB ebenfalls anführt. Diese Effekte laufen automatisch aus (der Effekt der Mehrwertsteuer schon im Januar) und sollten uns daher nicht weiter beunruhigen.

Alle diese Argumente sind zwar richtig - aber sie dürfen **nicht den Blick darauf versperren**, dass die EZB durch **Nullzinspolitik und Anleihekaufprogramme** (PEPP, APP, PSPP, usw.) seit Jahren aktiv die **Inflation vorantreibt** - also selbst bei derzeitigen Inflationsraten noch geldpolitisch „Vollgas“ fährt! Die niedrigen Zinsen führten zu einem Bauboom mit Knappheiten bei Materialien und Arbeitskräften - beides schiebt die Inflation an.

Dazu kommen selbstverstärkende Effekte wie eine potentielle Lohn-Preis-Spirale oder eine Veränderung der Inflationserwartung. Aus Sicht der **FREIE WÄHLER** Argumente genug, zumindest etwas vom geldpolitischen Gaspedal zu gehen.

Und auch Gründe genug, sich zu fragen: Wer kontrolliert eigentlich die EZB? In Tradition der deutschen Bundesbank ist die EZB unabhängig - wir als FREIE WÄHLER begrüßen diese Unabhängigkeit! Aber diese Unabhängigkeit kann nur dann gelten, wenn sich die EZB auf ihr Mandat konzentriert - nämlich die **Preisstabilität zu erhalten!**

Eine demokratische Kontrollfunktion hat außerdem das Europäische Parlament. Der **Wirtschafts- und Währungsausschuss** erstellt dazu einen jährlichen Bericht. Wie schon im Vorjahr ist unser FREIE WÄHLER Abgeordneter **Engin Eroglu** für seine Fraktion dafür zuständig. Die Verhandlungen zu diesem Bericht laufen seit September - voraussichtliche Abstimmung ist am 6. Dezember 2021 im Ausschuss und im Februar im Plenum (wir werden im Vorfeld an dieser Stelle darüber berichten).

Daten Inflation: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/prc_hicp_manr/default/table?lang=en
Anleihekaufprogramme EZB:
<https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/geldpolitik/geldpolitische-wertpapierankauefe/aktive-programme-602324>

EU-Kommission verabschiedet europäische Methanstrategie

Unterstützung für die Landwirtschaft und den Ernährungssektor haben Vorrang

Nach der von unserer Besuchergruppe in Straßburg verfolgten Debatte über die Geldwäsche befasste sich das EU-Parlament am selben Tag mit der von der Kommission vorgelegten **Strategie zur Reduzierung von Methan-Emissionen**. Neben Kohlendioxid ist das Treibhausgas Methan ein **Haupttreiber des Klimawandels**. Die EU-Kommission hat daher im Rahmen ihres „Green Deals“ ein Aktionsprogramm zur Vermeidung von Methan-Emissionen aufgelegt. Ziel des Programms ist es, den Ausstoß von Methan bis 2030 nicht um – wie bisher geplant – 29 Prozent zu senken, sondern um **35 bis 37 Prozent**. Ohne diese Reduzierung kann das übergeordnete Ziele einer 50prozentigen Verringerung der Treibhausgase bis 2030 nicht erreicht werden. Das Parlament nahm auch mit den Stimmen unserer beiden Abgeordneten Ulrike Müller und Engin Eroglu den Bericht mit 563 Ja-Stimmen, bei 112 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen an.

Bei den geplanten Maßnahmen stellt die EU-Kommission drei Sektoren in den Fokus: **Energie, Land- und Abfallwirtschaft**. Der Energiesektor ist nach der Landwirtschaft die zweitgrößte Quelle der von Menschen erzeugten Methanemissionen. Er umfasst Emissionen aus Kohle, Öl, Erdgas und Biokraftstoffen. Besonders im Öl- und Gassektor können große Mengen an Methanemissionen schlichtweg vermieden werden. Denn ein Großteil der Emissionen entsteht hier durch undichte Stellen bei der Förderung und entlang der Lieferketten, und nicht etwa bei der tatsächlichen Nutzung der Energiequellen. Methan ist der Hauptbestandteil von Erdgas. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt, dass **durch Abdichten etwa 70 Prozent** der derzeitigen Methanemissionen des Öl- und Gassektors **eingespart** werden können. Also pflegt die Pipelines und die Emissionen verschwinden. Im Auge hat die EU-Kommission dabei vor allem auch die internationalen Gaspipelines, die das größte Problem bei Methan-Emissionen darstellen.

Praktische Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger haben vor allem die Initiativen im Bereich Landwirtschaft. Die EU-Kommission wird die „breitere Einführung innovativer Maßnahmen zur Emissionsminderung“ erforschen und fördern. Bei diesen Maßnahmen wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Methanemissionen aus enterischer Fermentation (Freisetzung von Methan durch den Verdauungsprozess bei Rindern) gelegt.

Nicht rezyklierbare organische, menschliche und landwirtschaftliche Abfall- und Reststoffströme sollen genutzt werden, um **Biogas, Biomaterialien und Biochemikalien** herzustellen. Dadurch können – in der optimistischen Prognose der Kommission - im ländlichen Raum **zusätzliche Einnahmequellen** entstehen und gleichzeitig Methanemissionen vermieden werden. Dazu sollen erhöhte Anreize geschaffen werden, sicherlich auch Fördermittel für die Produktionsumstellung.

Ohne es ausdrücklich zu sagen: Die EU-Kommission möchte den Verbraucher auch vom Fleischkonsum abbringen. Mit der Strategie **„Vom Hof auf den Tisch“** werden Maßnahmen zur Umstellung bei der Ernährung gefördert.

Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken im Schnecken tempo

BaWü auf dem Abstellgleis / Entlastung zwischen MA und HD frühestens 2033

Die Mobilitätswende ist in aller Munde. Der öffentliche Personennahverkehr soll daher ausgebaut werden. Die neue Koalition möchte mehr Tempo an den Tag legen. Doch gerade die Planungen der Bundesbahn zeigen, dass sich ein schneller Ausbau des Streckennetzes mehr als schwierig gestaltet. Gerade einmal 20 Streckenabschnitte von 240 untersuchten mit einer Gesamtlänge von 245 Kilometern hat eine Taskforce der Bundesbahn als reaktivierbar identifiziert. Nicht viel, soll mehr Verkehr auf die Schiene verlagert werden.

Noch ernüchternder ist der Blick auf die möglichen Inbetriebnahmen der reaktivierten Strecken. **Nur 5 der 20 sollen bis 2030 wieder nutzbar** sein. Lediglich zwei Strecken befinden sich in Baden-Württemberg (**Ludwigsburg – Markgröningen, Breisach – Colmar**). Einen voraussichtlichen Termin für die Inbetriebnahme gibt es nicht. Der Leitspruch der Bahn, „Jeder Kilometer Gleis ist aktiver Klimaschutz“, klingt da wie ein schlechter Scherz.

Optimistischer zeigt sich die Landesregierung: Sie sieht bei 30 Strecken Nachfragepotential. Doch sie streut den Menschen Sand in die Augen, wenn sie ihre Anstrengungen damit verknüpft, bis 2030 das Passagieraufkommen zu verdoppeln. Die grüne Mobilitätswende wird in diesem Jahrzehnt bestimmt nicht mehr kommen.

Unter welchen Fehlentwicklungen Deutschlands Bahnpolitik in den vergangenen Jahrzehnten gelitten hat, zeigt sich beispielsweise an der Hauptverkehrsader zwischen **Mannheim und Heidelberg**. In Zeiten, in denen die Bahn uncool war, wurden zwei der vier Gleise zwischen den beiden Städten zurückgebaut. Eine Infrastruktur, die jetzt dringend benötigt wird. Die Rückkehr zum viergleisigen Betrieb wird es nach Angaben der Bahn frühestens **Anfang der 2030er** Jahre geben.

Quellen: https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/Mehr-klimafreundlicher-Bahnverkehr-in-der-Flaeche-DB-reaktiviert-stillgelegte-Strecken--6248500, https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-heidelberg-mit-vier-gleisen-nach-mannheim-doppelt-so-viel-zuege-arid,775552.html, <https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/mobilitaet-verkehr/bus-und-bahn/livestream-reaktivierung-bahnstrecken/>

Gemeinnützigkeit von eSports, die Zweite

Neue Koalition will Bundestagsbeschluss vom 10. Juni 2021 kippen

In der Sommerpause befassten wir uns in der Mitgliederinfo bereits mit der Frage der Gemeinnützigkeit von eSports, denn kurz zuvor hatte der Deutsche Bundestag einen Antrag der FDP, eSports als gemeinnützig anzuerkennen, abgelehnt.

Doch der Beschluss dürfte bald **keinen Bestand mehr** haben, sollte die neue Regierungskoalition ihre Ankündigung wahr machen. Auf Seite 123 des Koalitionsvertrages der drei Ampel-Parteien heißt es: „Wir wollen den Games-Standort stärken und die Förderung verstetigen. Wir schaffen Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus und machen E-Sport gemeinnützig.“

Damit befindet sich die Bundesregierung jetzt in **Übereinstimmung** mit den Forderungen unseres Bundesprogramms.

Weihnachtsgrüße

Ein politisch hoch interessantes Jahr neigt sich seinem Ende zu. Gerade für uns in Baden-Württemberg war es geprägt von Wahlkampfaktivitäten für die Landtagswahl im März 2021 und die Bundestagswahl im September 2021. Besonders in Erinnerung blieben sicherlich Aktionen wie das Sammeln von Unterstützungsunterschriften für die Landtagswahl unter Corona-Bedingungen und Schneetreiben am Rande des Weilimdorfer Wochenmarktes. Premieren gab es im Frühjahr mit der ersten virtuellen Mitgliederversammlung mit anschließender Briefwahl zur Neubesetzung des Landesvorstandes und der ersten Freiluftzusammenkunft in der GAZI-Arena in Stuttgart, bei der wir unsere Landesliste Für die Bundestagswahl wählten. Die Liste ließe ich sicherlich beliebig fortsetzen. Wenn am Ende von möglichen 108 Wahlkreisnominierungen 107 verwirklicht werden konnten, stellte dies nicht nur einen Kraftakt, sondern auch ein kaum für möglich gehaltenes Ergebnis dar.



Bildnachweis: Blume Vektor erstellt von rawpixel.com - de.freepik.com

Deshalb gebührt allen engagierten Mitstreitern aus der Landesvereinigung an dieser Stelle ein dickes Lob. Zusammen haben wir viel erreicht und werden in den kommenden zwölf Monaten verstärkt an der Stärkung unserer Strukturen und der Steigerung unserer Mitgliederzahl arbeiten.

Ich wünsche allen Mitgliedern und den Familienangehörigen ein ruhiges, besinnliches und Corona freies Weihnachtsfest. Das Fest der Familie soll eine Pause von den Herausforderungen des Alltags sein. Möge wir alle gesund bleiben und die nicht enden wollende Pandemie unbeschadet überstehen.

Jahresindex 2021

Alle Infobriefe sind auf der Webseite [freiewaehler-bw.de](https://www.freiewaehler-bw.de) hinterlegt und können dort abgerufen werden.

Nr. 1, 3. Juni 2021

- 1) EU-Wasserstofftechnologie
- 2) EU fordert mehr legale Einwanderung
- 3) Wegfall der 22-Euro-Freigrenze bei Waren aus Drittstaaten
- 4) Staatsziele Kultur und Sport ins Grundgesetz

Nr. 2, 13. Juli 2021

- 1) EU-Beschluss zum Schutz von Kindern
- 2) Mehr Geld für europäische Infrastruktur
- 3) Ganztagsbetreuung von Schulkindern weiter offen
- 4) Mehr Rechte für Bundespolizei scheitern im Bundesrat
- 5) Neues Transparenzregister
- 6) Schweiz: Gegenseitige Anerkennung von Berufsbildungsabschlüssen
- 7) Gemeinnützigkeit von eSports

Nr. 3, 20. August 2021

- 1) Dem Bargeld geht es an die Wäsche
- 2) Mehr Schutz vor Blei und Cadmium in Lebensmitteln
- 3) Ende von Mercosur: Ein Erfolg zum Wohle der europäischen Landwirtschaft
- 4) Klimaneutralität der Autoindustrie
- 5) Energieverbrauch beim Krypto-Mining kein Thema bei Weltklimakonferenz
- 6) Fracking-Verbot noch angemessen?
- 7) Diverse Änderungen beim Lärmschutz
- 8) Ein Wort zu Afghanistan

Nr. 4, 21. September 2021

- 1) Einige statistische Feststellungen zur Bundestagswahl
- 2) Olaf Scholz: Der Traum von einer europäischen Arbeitslosenversicherung
- 3) Google, Apple und Co.: Kapitulation vor Putin
- 4) Straffällige Migranten: Kapitulation des Rechtsstaats
- 5) Licht und Schatten bei Wertpapierhandel mit Apps und im Internet
- 6) Wem gehören die Landwirtschaftsflächen?
- 7) Schornsteine müssen zukünftig höher gebaut werden

Nr. 5, 12. Oktober 2021

- 1) Neue EU-Untersuchungen zu Glyphosat: Weitere Nutzung möglich?
- 2) Sportanlagen: Neue Herausforderungen für Kommunen und Vereine
- 3) Deutsche Normungsroadmap Circular Economy
- 4) Identische Forderungen vom Deutschen Landkreistag und FREIEN WÄHLERN
- 5) Keine Änderung bei der Absetzbarkeit von Mitgliedsbeiträgen
- 6) Getrennte Regulierung von Wasserstoff- und Erdgasnetzen ist ein Hemmnis
- 7) Grüne Philosophie bei der Versorgungsanstalt für Bund und Länder (VBL)
- 8) Handel mit Bauholz und Förderung von Wäldern